

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Zur Frage der Volksernährung. I.	9	Arbeiterbewegung. Der Krieg und die Gewerkschaften. — Deutsche Quertreibereien in der Auslandspresse. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Aus den österreichischen Gewerkschaften	13
Gesetzgebung und Verwaltung. Neue Bundesratsverordnungen für die Forderung von Brot und Weizengebäck	11		
Statistik und Volkswirtschaft. Die wirtschaftlichen Ursachen für die italienische Neutralität	12		

Zur Frage der Volksernährung.

I.

Nächst der Beseitigung der Arbeitslosennot ist unstreitig die Lebensmittelversorgung das wichtigste Problem der gegenwärtigen Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. Sie ist auch gar nicht so nebensächlich, denn von ihrer Lösung hängt ein gutes Teil des günstigen Kriegsausganges und der künftigen Gestaltung unserer Friedensverhältnisse ab. Denn bekanntlich führt unser Hauptgegner England den Krieg nicht allein auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Belgiens und in den Kolonien als Landkrieg, sondern auch zur See als Seekrieg mit dem Ziele der Schädigung des deutschen Handels und der Aus Hung erung Deutschlands. Da letzteres seither in hohem Maße auf die Einfuhr ausländischer Lebensmittel, zumeist über See, angewiesen war, so mußte nach Meinung der Engländer die wirtschaftliche Blockade Deutschlands geschehen, um seinen Widerstand über kurz oder lang vollständig zu brechen. Das übrige sollten dann die russischen und französischen Verbündeten tun, die mit der deutschen Heeresmacht aufräumen und auf Berlin losmarschieren sollten, während die englische Flotte der verhassten deutschen Flotte den Garau s machen würde.

Es ist so mandes in den seitherigen fünf Kriegsmonaten anders gekommen, als sich unsere Kriegsgegner ausgemalt hatten, — zu Lande wie zu Wasser. Und auch von der Aus Hung erung Deutschlands haben wir seither wenig gespürt. Im Gegenteil herrscht nicht bloß in manchen der am Krieg beteiligten feindlichen Länder, sondern selbst in neutralen Staaten größerer Mangel an einzelnen Lebensmitteln als bei uns und auch die Preise mancher Lebensmittel sind hier und da höher als im „b l o c k i e r t e n“ Deutschland. Trotzdem wäre es verfehlt, behaupten zu wollen, daß der Krieg sich in diesem Sinne bei uns noch wenig bemerkbar gemacht hätte. Vielmehr bildet die Lebensmittelversorgung während des Krieges fortgesetzt den Gegenstand ernstester Sorge sowohl der amtlichen, als auch der öffentlich tätigen Kreise, und ein großer Teil der Verordnungen und Maßnahmen in den letzten Monaten ist ihr gewidmet. Die Ursache der verhältnismäßig günstigen Situation unserer Lebensmittelversorgung ist in dem günstigen Ausfall der diesjährigen Ernte und in den rechtzeitigen Maßnah-

men für ihre geordnete Verwertung zu suchen. Gerade diese Maßnahmen, die manchem überaus bedrohlich erscheinen mußten und im Ausland als Anzeichen des Beginns einer Hungersnot gedeutet werden konnten, haben seither eine ernstliche Kalamität verhindert und weitere Maßnahmen in der gleichen Richtung werden sicher verhüten, daß es jemals zu einer Hungersnot kommt.

Das erste, was nach dem Kriegsausbruch geschah, war die Sicherung der Diesjährigen Erntevorräte. Ein Teil des Getreides war noch auf dem Felde, zumeist noch auf dem Stalm und mußte erst eingebracht werden. Den Landwirten wurden an Stelle der durch die Mobilmachung entzogenen menschlichen und tierischen Arbeitskräfte ausreichende Ersatzkräfte zugewiesen, so daß diese Ernte restlos geborgen werden konnte. Auch für die Einbringung der späteren Kartoffelernte wurde gesorgt. Der Ernteaussfall war im allgemeinen ein guter, wenigstens über das Mittelmaß hinaus, teilweise sogar ein sehr guter. Immerhin war mit Ausfällen in den von feindlicher Invasion betroffenen Gebieten zu rechnen, von denen besonders die in Ostpreußen ganz erheblich an der Lebensmittelversorgung Deutschlands beteiligt waren. Dazu kamen die Ausfälle der ehemaligen Einfuhr, die zum Teil zwar, aber doch nicht völlig, durch Aufhebung der Ausfuhr aufgewogen werden konnten. Alles in allem war also mit etwas verminderten Lebensmittelvorräten an Getreide und Kartoffeln zu rechnen, die bis zur nächsten Ernte ausreichen mußten, da auf erhebliche Zuführung von Zuschüssen aus dem neutralen Auslande kaum zu hoffen war.

Eine vorübergehende Entlastung für den heimischen Nahrungsmittelverbrauch brachte die Verlegung der hauptsächlichsten Kriegsschauplätze in feindliche Gebiete, weil damit die Verpflegung auf die dort befindlichen Vorräte zurückgreifen konnte. Dafür erhöht sich der heimische Verbrauch infolge der ständig wachsenden Zahl der Kriegsgefangenen.

Eingehende Schätzungen haben ergeben, daß zwar unsere Roggen- und Kartoffelvorräte ausreichen, dagegen ein erhebliches Manko an Weizen sowie an Gerste und Hafer vorhanden ist. Die verbündeten Regierungen setzten zunächst Höchstpreise für diese Getreidearten fest und ordneten, um einem verfrühten Aufbruch der Weizenvorräte vorzubeugen, an, daß Weizen nur gemeinsam mit Roggenmehl verbraucht werden dürfe. Dadurch wäre natürlich die gleiche

Gefahr für die heimischen Roggenvorräte entstanden; sie wurde verhütet durch das Verbot, Roggen zu verfüttern und durch die Anordnung, dem Roggenmehl zur Brotbereitung mindestens 5 Proz. Kartoffelprodukte beizumengen. Der Gersteverbrauch wurde durch Herabsetzung der Bierproduktion eingeschränkt, der Kartoffelverbrauch durch Einschränkung der Branntweinerzeugung. Trotzdem blieb ein erhebliches Manko an Futtermitteln bestehen, weshalb auch eine Einschränkung der Zudergewinnung eintrat, um einen Teil der Rübenenernte für Futterzwecke freizumachen.

Die Wirkung dieser fürsorglichen Maßnahmen zeigte sich zunächst in der Preisgestaltung, die in Zeiten starker Zufuhren oder auch nur der Befürchtung eintretender Störungen, nur allzu leicht eine Beute der Spekulanten wird. Da zu den Befürchtungen eines möglichen Mangels an Lebensmitteln noch wirkliche Erschwerungen der Zufuhr und der Marktversorgung, veranlaßt durch die Beschlagnahme der Transportmittel für militärische Zwecke, hinzukamen, so machten sich wüste Preistreiberien geltend, denen der Bundesrat durch die Festsetzung von Höchstpreisen entgegenzuwirken suchte. Leider kamen diese Preisfestsetzungen teils viel zu spät und teils waren sie zu hoch, so daß die Lebensmittelproduzenten und -händler enorme Gewinne einheimsten und den Kleinhandel und die Konsumenten überaus schädigen konnten. Auch konnten diese Höchstpreise nicht genügen, um die Lebensmittel auch wirklich in den nötigen Mengen an den Markt zu bringen. Aus dem Umstand, daß besonders die Produzenten von Getreide und Kartoffeln ganz erheblich mit ihren Vorräten zurückhielten, ergaben sich ernste Schwierigkeiten für die örtliche Versorgung. Nicht zuletzt tragen die bundesrätlichen Maßnahmen selbst einen Teil der Schuld an dieser spekulativen Zurückhaltung, die sich besonders auf dem Getreidemarkt bemerkbar macht. Die Verordnung über die Höchstpreise für Getreide gestattet nämlich einen halbmonatlichen Aufschlag von 1,50 Mk. pro Tonne (20 Zentner), eine Erhöhung, die die Lagerungskosten weit übersteigt und einer Prämie für Zurückhaltung fast gleichkommt. Die Großmühlen hatten infolgedessen über Getreidemangel zu klagen, trotzdem es an Getreide keineswegs fehlte. Erst der Erlaß von Zwangsmaßnahmen zur Feststellung und Verfügbarmachung der Getreidevorräte schaffte Abhilfe.

Am 1. Dezember 1914 sind umfangreiche Erhebungen über die vorhandenen Getreidemengen veranstaltet worden. Waren die Ergebnisse auch insofern beruhigend, als bei vernünftiger Einteilung und Verwertung der vorhandenen Vorräte mit einem Notstand nicht gerechnet zu werden braucht, so schien es doch andererseits angezeigt, einer Vergewundung rechtzeitig entgegenzuwirken. Eine solche Vergewundung war besonders beim Verbrauch von Weizengebäck nicht zu übersehen. Die Bevölkerung kann sich nur schwer an die Einschränkung des Konsums von Weizengebäck gewöhnen. Der Großstädter möchte auf das frische Morgengebäck nicht verzichten, und vielen Frauen, die wegen des Krieges in erhöhtem Maße mit verdienen müssen, erscheint es bequemer, anstatt ein ordentliches Mittag- und Abendbrot herzurichten, den eigenen Hunger und den der Kinder mit einer Kaffeebrühe und etwas Weißgebäck zu stillen. Auch in den Speisewirtschaften wurde gewohnheitsmäßig viel Weißgebäck konsumiert. Der Bundesrat erließ daher eine Reihe von Verordnungen, die eine starke Einschränkung dieses Weizengebäckverbrauches herbeiführen sollte. Sie er-

strecken sich auf Einschränkung der Brotabgabe in Speisewirtschaften, Vermischung des Weizenmehls mit mindestens 30 Proz. Roggenmehl, Verbot des Verkäufens von Auszugsmehlen zu Brot, Verbot der Herstellung von Weizengebäck von mehr als 100 Gramm Gewicht, Verbot der Verwendung von mehr als 50 Gewichtsteilen Weizen bei der Bereitung von Kuchen etc. usw.

Die einschneidendste Maßregel ist aber das Verbot der Nachtarbeit für Bäckerien und Konditoreien, die vor allem gegen die Herstellung des Morgengebäcks aus Weizen gerichtet ist und zwangsweise eine Aenderung der Geschmacksrichtung der Konsumenten herbeiführen will. Diese Maßregel ist sicher geeignet, den erstrebten Zweck zu erreichen, da er den Massenkonsum auf den größeren Verbrauch an Roggen- oder Mischbrot hinsteuert. Die vermögenden Kreise sind wohl in der Lage, anstatt des frischen Morgengebäcks sich mit Kuchen oder anderem Weißbrot zu versorgen, ja es im eigenen Herd aus vorhandenen Mehlvorräten herzustellen. Die Masse des ärmeren Volkes aber wird gezwungen, altbackenes Brot zum Morgenkaffee zu essen und auf Weizengebäck zu verzichten.

Soweit diese Maßnahme durch die harte Notwendigkeit des Krieges veranlaßt ist, muß man sich wohl oder übel mit ihr abfinden, und schließlich läßt es sich auch ohne das gewohnte frische Morgengebäck noch ganz gut leben. Indes hat diese Maßregel einige volkswirtschaftliche und sozialpolitische Wirkungen, die uns noch beschäftigen werden. Das Nachtarbeitsverbot ist eine alte sozialpolitische und seit Jahrzehnten heftig strittene Forderung der Bäckerarbeiter. Es wurde ebenso leidenschaftlich bekämpft von den Bäckermeistern, die den Ruin ihres Gewerbes davon befürchteten. Das letztere ist natürlich weit übertrieben und am allerwenigsten in Kriegszeiten zu erwarten, die den Lebensmittelberufen zu erhöhter Tätigkeit verholfen haben. Sicherlich haben die Bäckermeister auch seit der Feststellung eines gewissen Weizenmangels mit Betriebseinschränkungen, vor allem mit Einschränkung der Nachtarbeit rechnen müssen. Die Bäckerarbeiter indes sind längst nicht mehr auf das unbedingte Nachtarbeitsverbot so erpicht wie ehemals, da die Einrichtung des mehrschichtigen Betriebes in den Großbäckereien und Brotfabriken einen Wechsel zwischen der Arbeit in Tag- und in Nachtschicht ermöglicht. Sie haben daher neuerdings mehr Gewicht auf die Eringung eines wöchentlichen Ruhetages als auf ein unbedingtes Verbot der Nachtarbeit gelegt. Das gegenwärtige bundesrätliche Nachtarbeitsverbot wird, wenn es dauernde Einrichtung bleiben würde, sicherlich von der gesamten Arbeiterschaft dieses Gewerbes mit Genugtuung begrüßt werden, denn es gibt einen ganzen Beruf dem Tageslicht zurück und trägt zur Gesundung der Arbeiter und ihrer Stellung und Erwerbsverhältnisse bei.

Immerhin wird dieses Verbot nicht ohne erhebliche Opfer durchzuführen sein. Daß dabei Zehntausende von Kleinmeistern ihre Existenz verlieren müßten, wie in Meisterkreisen schlankweg behauptet wird, ist zwar weit übertrieben, aber daß die Einschränkung der Kleingebäckherstellung dem Großbetrieb zugute kommen dürfte, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Indes mußte auch ohne diese Maßnahme angesichts des Mangels an Weizen mit der Einschränkung der überschüssigen Kleinbäckerei gerechnet werden. Es ist hart, daß diese Einschränkung durch den Krieg erzwungen wird, aber Hunderten von Export- und Luxusgewerben ist

es schon seit 5 Monaten so ergangen und die überschüssigen Kleinmeister brauchen deshalb noch nicht zu verzweifeln, da sie sicher in der Brotfabrikation Arbeit, sogar lohnende Arbeit finden können. Aus letzterem Grunde nahmen wir auch die vorübergehende Arbeitslosigkeit einiger tausend Bäckergehilfen nicht allzu tragisch. Sie wäre bei ein tretendem Weizenmangel doch gekommen, und Betriebseinschränkungen müssen auch nicht immer zur Entlassung der Arbeiter ausgenutzt werden, wenn die Organisationen der Arbeitgeber genügend vaterländisches Verständnis besitzen und sich mit den Arbeiterorganisationen über die Vermeidung von Arbeitslosigkeit verständigen. Schwerer wiegt die Tatsache, daß der Wegfall des frischen Morgengebäcks Tausenden von Frühstücksträgern, meist Kinder und Frauen, den fargen Verdienst aus der Hand schlägt. Wir können nicht in den Verdacht kommen, die Ausbeutung von Kindern irgendwie beschönigen zu wollen, denn wir haben stets auf eine scharfe Ausführung und Kontrolle des Kinderschutzgesetzes hingewirkt. Aber wir verkennen auch nicht, daß selbst dieses Gesetz noch Tausenden von Kindern die Möglichkeit eines geringen Erwerbs in frühesten Morgenstunden beliebt. Oft wog dieser Erwerb nicht entfernt die gesundheitlichen und moralischen Schädigungen auf, die das Herumjagen so zarter Kinder in Wind und Wetter bei halber Nacht mit sich brachte. Indes wer wollte bezweifeln, daß der Verdienst dieser Kinder daheim notwendig gebraucht wurde. Und besonders jetzt in Kriegszeiten, wo häufig der Vater arbeitslos ist und auch viele Frauen um ihr Brot gekommen sind. Die Arbeitslosigkeit am weiblichen Arbeitsmarkt ist bekanntlich seit Kriegsausbruch schärfer gestiegen und in der Folge weniger zurückgegangen als auf dem der Männer. Hier, aber auch nur hier, schafft der Bundesratsbeschluss wirkliche Not und es muß Aufgabe sowohl der Gewerkschaften wie auch der Hilfsorganisationen, vor allem aber der Gemeinden sein, den hiervon Betroffenen entweder neue Erwerbsoptionen zu geben oder Unterstützung zu sichern. Letzteres gilt besonders für die Kinder, für die ein anderweitiger Erwerb nicht in Frage kommen kann.

Aus den neuen Maßnahmen des Bundesrats ist ersichtlich, daß der letztere mit fester Hand in das Erwerbsleben eingzugreifen entschlossen ist und auch nicht vor empfindlichen Verböten zurückschreckt, um das Land vor späteren Notständen zu bewahren. Wir können ihm darin nur zustimmen und sind gern bereit, zu unserm Teil an der Durchführung dieser notwendigen Maßnahmen beizutragen. Um so mehr aber müssen wir wünschen, daß der Bundesrat die gleiche Festigkeit auch nach der anderen Seite befunde und noch nachdrücklicher als bisher dem Lebensmittelwucher entgegen trete, der sich in ständigen Umgehungen der Höchstpreisfestsetzungen und in der Zurückhaltung von Nahrungsmitteln aus Spekulationsabsichten äußert. Es ist Sache der Reichsbehörden, ernstlich dafür zu sorgen, daß die Landwirte und Lebensmittelgroßhändler die verfügbaren Lebensmittel zu den festgesetzten Preisen an den Markt bringen oder diese Vorräte einfach beschlagnahmen und selbst an den Markt bringen zu lassen. Es ist weiterhin Sache der Reichsregierung, die Lebensmittelpreise so festzusetzen, daß sie für die Mehrheit der Bevölkerung erschwinglich bleiben und endlich dafür Sorge zu tragen, daß auch die unbemittelte Bevölkerung, die nicht kaufkräftig genug ist, den Preisbewegungen zu folgen, nicht am notwendigsten Mangel leidet.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Neue Bundesratsverordnungen für die Herstellung von Brot und Weißgebäck.

Am 5. Januar hat der Bundesrat die Bestimmungen über die weitere Streckung unserer Getreidevorräte nach mehreren Richtungen auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen ergänzt und erweitert. Roggen ist künftig mindestens bis zu 82 Proz., Weizen bis zu 80 Proz. durchzumahlen, wobei die Landescentralbehörden bei einer einzelnen Mühle aus besonderen Gründen eine Ausnahme zulassen können. Sie können ferner wie bisher Roggen- und Weizenauszugsmehle, aber nur bis zur Höhe von 10 Proz., zulassen. Weizenmehl darf von den Mühlen künftig nur in einer Mischung abgegeben werden, die auf 30 Teile Roggenmehl 70 Teile Weizenmehl enthält. Das gilt auch für die Kunden- und Lohnmüllerei.

Die Vorschriften über das Verfütterungsverbot sind ebenfalls verschärft worden, so daß mahlfähiger Roggen und Weizen nicht mehr verfüttert oder geschrotet und auch nicht mehr zur Futtermittelbereitung verwendet werden darf.

Das Verbot erstreckt sich auch auf Roggen und Weizen, der mit anderer Frucht gemischt ist, sowie auf Roggen- und Weizenmehl, das allein oder mit anderen Mehlen gemischt, zur Brotbereitung geeignet ist. Endlich darf auch fein Brot mehr verfüttert werden, mit Ausnahme von verdorbenem Brot und Brotabfällen. Die Landescentralbehörden können die Verwendung von Roggen und Weizen sowie von Roggen- und Weizenmehlen zu anderen Zwecken als zur menschlichen Nahrung, noch weiter beschränken oder verbieten.

Zur Vereitung von Roggen- und Weizenbrot dürfen Auszugsmehle nicht verwendet werden. Weizenbrot muß 30 Proz. Roggenmehl enthalten, das Weizenmehl kann dabei bis zu 20 Proz. durch Kartoffelstärkemehl ersetzt werden. Roggenbrot muß auf 90 Teile Roggenmehl, 10 Teile Kartoffelflocken, Kartoffelwalmehl oder Kartoffelstärkemehl, oder 30 Teile gequetschte oder geriebene Kartoffel enthalten. Bei größerem Kartoffelzusatz muß das Brot mit der Bezeichnung „K“ versehen werden. Statt Kartoffel kann Gerstenmehl, Hafermehl, Reismehl oder Gerstenschrot zugesetzt werden. Reines Roggenbrot, zu dessen Herstellung der Roggen bis zu mehr als 93 Prozent durchgemahlen ist, braucht keinen Kartoffelzusatz zu enthalten. Weizenbrot darf nur in Stücken bis zu höchstens 100 Gramm hergestellt werden, die Landescentralbehörden können hierüber zur Einschränkung des Weizenbrotverbrauchs anders bestimmen, sie können auch für Roggen- und Weizenbrot bestimmte Formen und Gewichte vorschreiben.

Bei der Vereitung von Kuchen darf nicht mehr als die Hälfte des Gewichts der verwendeten Mehle oder mehlfartigen Stoffe aus Weizen bestehen. Die Landescentralbehörden können die Kuchenbereitung auf bestimmte Wochentage beschränken. In Bäckereien und Konditoreien, einschließlich Hotelbäckereien und ähnlichen Betrieben, wird alle Nachtarbeit verboten. Roggenbrot von mehr als fünfzig Gramm Gewicht darf erst 24 Stunden nach Beendigung des Backens aus der Bäckerei abgegeben werden. Backfähiges Mehl darf nicht mehr als Streumehl zur Isolierung der Teigwaren verwendet werden.

Zur genauen Durchführung dieser Vorschriften erhalten die Polizeibeamten und die hierfür be-

dem Kriege wieder beginnen und nach der normalen Neugestaltung des Wirtschaftslebens angesichts der Riesenverluste von menschlichen Arbeitskräften in den kriegführenden Ländern wahrscheinlich umfangreicher werden als je zuvor. Nun waren es bisher gerade die kriegführenden Länder, die neben der neutralen Schweiz von dem italienischen Auswandererstrom den Hauptanteil aufnahmen. So wird es auch nach dem Kriege sein, wenn Italien neutral bleibt. Sollte es sich aber einer der kriegführenden Mächtegruppen anschließen, so steht in den Ländern der andern Gruppe eine schlimme Italienerhebe zu befürchten, durch die Italien und insbesondere die italienische Arbeiterschaft auf lange Jahre hinaus auf das schwerste geschädigt werden könnte.

So liegt auch vom Standpunkte der italienischen Massenauswanderung aus die Neutralität durchaus im Interesse Italiens. Es winkt ihm der kostbare Preis dafür in der unverminderten Erhaltung der wärmsten Sympathien aller Völker, die schließlich alle sehr zufrieden damit sein werden, daß sich nicht auch noch Italien an dem Völkerkriege beteiligte, sondern seinem Lande und Volke den Frieden erhielt, der ja durch die großen Kosten der Mobilisation ebenfalls teuer genug bezahlt werden mußte, aber immerhin noch billiger ist als der Krieg.

Und so möge Italien unerschütterlich an seiner Neutralität festhalten, zum eigenen Nutzen und zur höchsten Gemüthung ganz Europas, ja der ganzen Welt!

Z.

Arbeiterbewegung.

Der Krieg und die Gewerkschaften.

Die Wirkung des Krieges auf die deutschen Gewerkschaften ist, von nur ganz geringen Ausnahmen abgesehen, eine außerordentliche. Dazu kommt noch, daß die Organisationen nicht ernstlich auf diese Katastrophe vorbereitet waren und gerade in den ersten Kriegswochen die größten Anforderungen an sie gestellt wurden. Und das trifft nicht nur für die Gewerkschaften Deutschlands zu, auch aus den anderen kriegführenden Staaten und selbst neutralen Ländern, wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Italien und der Schweiz, wird gemeldet, daß die gewerkschaftlichen Organisationen schwer in Mitleidenschaft gezogen werden.

Wie der Krieg momentan auf unsere Gewerkschaften eingewirkt hat, ist bereits in einer übersichtlichen Zusammenstellung an dieser Stelle (Nr. 40 Seite 562) gezeigt und durch verschiedene Einzelberichte die weiteren wöchentlichen Statistiken von einzelnen Gewerkschaften ergänzt worden. Es konnten da schon in jeder Beziehung recht interessante Vergleiche untereinander gemacht werden.

Die Fortführung dieser wöchentlichen Erhebungen war aber auch dringend notwendig, namentlich in den Gewerkschaften, deren Massen durch die rapid gestiegene Arbeitslosigkeit sehr geschwächt wurden. Denn infolge der fortgesetzten Einberufungen zum Heeresdienste verminderten sich die Mitgliederzahlen ganz erheblich und die Einnahmen gingen infolgedessen immer mehr und mehr zurück. Auf Grund dieser regelmäßigen Statistiken waren so die Gewerkschaften fortlaufend über den völlig veränderten Stand der Organisation informiert und konnten, wenn es erforderlich war, eine Steigerung oder Kürzung der Unterstützungssätze eintreten

lassen, wie es auch schon in der letzten einigen Gewerkschaften der Fall gewesen ist bei

Von den sieben über 100 000 Mitglieder zählenden Organisationen sind es nur die Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter und Holzarbeiter, die seit Anfang des Krieges allwöchentlich Erhebungen veranstaltet und deren Ergebnisse im Verbandsorgan veröffentlicht haben. Nach diesen Berichten betrug die Zahl der eingezogenen Krieger im:

am	Metallarbeiterverband	Fabrikarbeiterverband	Holzarbeiterverband
8. August . . .	*) —	34 388	27 191
15. " . . .	110 198	38 808	31 514
22. " . . .	131 891	40 283	35 536
29. " . . .	143 343	45 510	37 296
5. September . .	148 550	44 429	37 792
12. " . . .	151 713	45 706	38 953
19. " . . .	155 949	46 720	39 729
26. " . . .	158 734	47 243	40 515
3. Oktober . . .	162 181	48 875	41 009
10. " . . .	165 187	49 117	41 915
17. " . . .	167 951	49 809	43 035
24. " . . .	170 077	49 843	43 740
31. " . . .	172 202	51 166	44 051

*) Beim Metallarbeiterverband erstreckt sich die erste Erhebung auf zwei Wochen.

Trotzdem bei diesen Statistiken nicht alle Verwaltungsstellen berichtet haben, so hat man doch ein übersichtliches Bild von der stetig steigenden Vermehrung der eingezogenen Krieger in den ersten 13 Kriegswochen. Die Gesamtsteigerung vom 15. August an betrug beim Metallarbeiterverband 62 004, beim Fabrikarbeiterverband 12 358 und beim Holzarbeiterverband 12 537. Prozentual ausgedrückt stieg die Zahl der zu den Waffen Gerufenen in dieser Zeit im:

Metallarbeiterverband	von 21,8 Proz. auf 33,1 Proz.
Fabrikarbeiterverband	" 21,0 " " 28,2 "
Holzarbeiterverband	" 21,0 " " 27,4 "

Hiernach stellt auch verhältnismäßig und zwar schon seit Ausbruch des Krieges der Metallarbeiterverband die meisten Krieger. Erst in weiterem Abstand folgen, wie die Tabelle zeigt, die beiden anderen Organisationen.

Daß durch die fortgesetzten Einberufungen zum Heeresdienste momentan die Mitgliederzahlen zurückgegangen sind und auch vorläufig noch weiter zurückgehen werden, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Es wäre deshalb verfehlt, jetzt schon aus den dabei erfaßten Mitgliederzahlen irgendwelche Mitgliederverluste herauszurechnen. Schon der Umstand, daß die Angaben von Verwaltungsstellen fehlen, dürfte ausschlaggebend sein. Dazu kommt aber noch, daß bei den wöchentlichen Zählungen die festgestellten Mitgliederzahlen in den größeren Verwaltungsstellen, und solche gibt es gerade in den großen Verbänden eine ganze Reihe, auf mehr oder weniger zuverlässigen Schätzungen beruhen, also demnach sehr leicht ein Irrtum unterlaufen kann. Der wirkliche Mitgliederstand und Mitgliederverlust wird sich erst nach Beendigung des Krieges und nach Einsicht sämtlicher Quartalsabrechnungen ermitteln lassen. Zweifellos steht aber bereits heute schon fest, daß die Gewerkschaften nicht nur die im Felde gefallenen Mitglieder verlieren, auch ein hoher Prozentsatz schwerverwundeter Verbandsangehöriger und nichtbezugsberechtigter Arbeitsloser wird dann als Verlust zu buchen sein.

Der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse der Feststellungen über die Arbeitslosigkeit der Verbands-

sonders beauftragten Sachverständigen das Recht, in die Mühlen, in die Bäckereien, in die Lager- und Geschäftsräume, in die Futterräume jederzeit hineinzugehen, Besichtigungen vorzunehmen und Proben zu entnehmen.

Die Verordnung über das Ausmahlen des Brotetzreides wie das Verfütterungsverbot treten am 11. Januar 1915, die Verordnung über die Vereitung der Backwaren am 15. Januar 1915 in Kraft.

Statistik und Volkswirtschaft.

Die wirtschaftlichen Ursachen für die italienische Neutralität.

Neben den mannigfachen politischen und moralischen Gründen sind für die fernere Aufrechterhaltung der Neutralität Italiens von der Regierung wie von den friedlich gesinnten Parteien auch wirtschaftliche Gründe gegen die Beteiligung am Kriege geltend gemacht worden. Sie liegen in den inneren Verhältnissen Italiens wie in seinen umfangreichen Beziehungen zum Ausland.

Italien leidet noch an den Folgen des triopolitanischen Eroberungskrieges, der etwa 1½ Milliarden Franken an Geld und viele Tausende Landesfinder gekostet hat, die im afrikanischen Sande gefallen oder verkrüppelt worden sind. Jergendeinen Gewinn für das Wirtschaftsleben brachte die Eroberung Italiens nicht.

Der libyische Eroberungskrieg war für das italienische Proletariat ein sehr anschaulicher und überzeugender Unterrichtsкурс darüber, daß es vom Krieg keinen Vorteil, sondern nur Schaden an der Art hat, und darum haben sich die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiterorganisationen in der vom „Avanti“ veranstalteten Urabstimmung über die Frage: „Neutralität oder Krieg?“ fast einmütig gegen den letzteren, also für Neutralität und Frieden ausgesprochen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens sind rückständig und darum auch die Lage der Arbeiter nicht auf der wünschenswerten und notwendigen höheren Stufe. Die wirtschaftliche Rückständigkeit Italiens bekundet sich vor allem auch darin, daß die italienische „Volkswirtschaft“ den großen Reichtum an menschlichen Arbeitskräften nicht zum Wohle, zum Fortschritt und Aufstieg des Volkes nutzbar zu machen vermag, sondern Hunderttausende und Millionen Jahr für Jahr zur europäischen und überseeischen Auswanderung nötig. Statt Erzeugnisse der menschlichen Arbeitskraft werden Menschen selbst exportiert und dadurch Land und Volk geschädigt.

Die uns vorliegende italienische Auswandererstatistik gibt für 1876 88 923 europäische, 19 818 überseeische, zusammen 108 771 Auswanderer an. Im Jahre 1880 betragen die Zahlen 88 643, 33 258 und 121 901; 1890 102 295, 114 949 und 217 244; 1900 186 279, 166 503 und 352 782; 1910 248 696, 402 779 und 651 475 und 1912 308 140, 403 506 und 711 446 bei einer Gesamtbevölkerung des Königreichs Italien von 34 813 975 am 1. Januar 1912. Insgesamt wanderten in den 36 Jahren von 1876 bis 1912 aus Italien 12 610 560 Personen aus, davon 5 737 794 nach europäischen und 6 872 766 nach überseeischen Ländern.

Von den Provinzen Italiens war im Jahre 1912 Venetien mit 114 117 Personen am stärksten an der Auswanderung beteiligt. Dann folgen mit 92 788 Sizilien, die Lombardei mit 75 436, die Cam-

pagna mit 66 939, Piemont mit 65 244, Calabrien mit 47 323, Abruzzen mit 46 502, Toskana mit 40 939, Emilia mit 35 736, Marche mit 32 427, Puglie mit 29 199; die übrigen fünf Provinzen weisen geringere Zahlen auf, die kleinste Ligurien mit nur 8866.

Von den 711 446 Auswanderern des Jahres 1912 waren dem Geschlechte nach 579 585 männliche und 131 961 weibliche Personen. Auf die einzelnen Länder Europas verteilten sich die italienischen Auswanderer so:

	1912
Oesterreich-Ungarn	42 010
Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen	3 775
Frankreich	74 089
Deutschland	75 507
England	3 562
Malta und Gibraltar	417
Rumänien, Griechenland, Serbien, Bulgarien, Montenegro und europäische Türkei	3 671
Rußland	1 372
Spanien und Portugal	709
Schweiz	89 258
	Total Europa 294 371
Afrika	15 725
Asien	423
Australien	1 214
Amerika	399 713
	Gesamttotal 711 446

In Amerika sind es die Vereinigten Staaten, die mit 267 637 Personen den überwiegend größten Teil der Italiener im amerikanischen Erdteil aufnehmen. Dann folgen Argentinien mit 72 154, Brasilien mit 35 562, Kanada mit 18 991 usw.

In der Schweiz betrug die italienische Einwanderung im Jahre 1901 45 785, 1911 aber 88 779; mit verschiedenen Schwankungen ist sie also innerhalb zehn Jahren um fast das Doppelte gestiegen.

Anfänglich waren Italiener außerhalb ihres Vaterlandes im Jahre 1911:

in Europa	900 562
„ Afrika	191 919
„ Amerika	4 445 056
„ Asien	125 000
„ Australien	7 790
	Total 5 557 746

Bekanntlich entschließen sich die Italiener immer mehr zu dauerndem Aufenthalt in den Einwanderungsländern, was einen völligen Menschenverlust für ihr Vaterland bedeutet; aber auch einen wirtschaftlichen Verlust, da von den ansässig gewordenen Italienern keine Geldsendungen mehr in die Heimat gemacht werden und die Zahl der Zurückkehrenden mit größeren oder kleineren Ersparnissen um die Zahl der Bleibenden geringer wird. Je mehr aber davon behalten und für die eigene Wirtschaft nutzbar gemacht werden können, um so besser muß sich auch für die Arbeiter die italienische Volkswirtschaft gestalten. Der Frieden der Neutralität wird unzweifelhaft dieser aufstrebenden Entwicklung förderlicher sein als die gänzliche Zerrüttung der Finanzen, der wirtschaftliche Ruin und die Verwüstung des Landes durch den Krieg.

Trotzdem wird gewiß, da sich auch durch den Frieden der Neutralität die wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens nicht von einem Tag auf den andern wesentlich bessern werden, die italienische Massenauswanderung auch nach

über die Zahl und Tiefe der Schächte, die Belegschaftsziffer, die Fördermenge und bei Syndikatsgruben auch über die Beteiligungsziffer gelegt. Für die praktische Gewerkschaftsarbeit werden besonders die in dem Buche enthaltenen Gewinnziffern gute Dienste leisten, da sie ziffernmäßige Nachweise über die Rentabilität der deutschen Montanindustrie ermöglichen. Das Vorwort sagt zu diesen Gewinnausweisen unter anderem: „Aus ihnen geht ohne weiteres hervor, daß der deutsche Bergbau große Ueberschüsse abwirft.“ — Daß eine solche Schrift in der Zeit des Krieges erscheinen konnte, liefert auch wieder einen Beweis für die ungebrochene Widerstands- und Tatkraft der deutschen Gewerkschaften.

Der Buchbinderverband hatte am 24. Dezember 3240 arbeitslose Mitglieder gegen 3027 in der Vorwoche. Zum Militärdienst waren 4080 Mitglieder einberufen.

Der Buchdrucker-Korrespondent veröffentlicht eine gemeinsame Eingabe der Vorstände des Buchdruckervereins (Arbeitgeber) und des Buchdruckerverbandes an die Regierungen, Reichs- und Staatsbehörden, Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie Körperschaften des Handels, der Industrie und des Gewerbes. Die Eingabe verweist auf die große Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe und die vom Buchdruckerverbande gemachten hohen Aufwendungen für die Arbeitslosen und betont demgegenüber die Notwendigkeit, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Die Petenten ersuchen daher, daß jede Beschränkung in der Beauftragung behördlicher Druckerarbeiten unterbleiben möge und daß, soweit irgend angängig, Druckfachen jetzt in Arbeit gegeben werden, deren Ausführung sonst vielleicht erst in späterer Zeit bewirkt worden wäre.

Der Verwalter des Gaues Dresden des Buchdruckerverbandes, Hermann Steinbrück, konnte am 2. Januar auf eine 25jährige Amtstätigkeit zurückblicken und ist somit der amtsälteste Gauverwalter des Verbandes. Von den Verbandsinstanzen und Verbandsmitgliedern, aber auch seitens der allgemeinen Arbeiterbewegung Dresdens, wurde dem Jubilar warme Anerkennung gezollt.

Der Vorstand des Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter beschloß, vom 2. Januar ab den während der Kriegsdauer ausgesetzten Mitgliedern eine Extraunterstützung von 2,00 bis 4,50 Mk. auf die Dauer von 5 Wochen zu gewähren. Den noch bezugsberechtigten arbeitslosen Mitgliedern wird die Hälfte der statutarischen Arbeitslosenunterstützung bis zu 20 Wochen gezahlt und von da an die Extraunterstützung. Gleichzeitig wurde, um diese Unterstützungsaktion durchführen zu können, die Erhebung des Extrabeitrages auf die Dauer von zusammen 20 Wochen festgesetzt.

Der Fabrikarbeiterverband hatte am 12. Dezember 6176 arbeitslose Mitglieder oder 4,4 Prozent gegen 5,0 Prozent in der Vorwoche. Zum Kriegsdienst waren 30,6 Prozent der Mitglieder eingezogen. In den berichtenden Zahlstellen waren am Berichtstage 120 088 nicht eingezogene Mitglieder vorhanden.

Die im Holzarbeiterverbande organisierten Vergolder können namentlich ihr 25jähriges Jubiläum als Centralorganisation feiern. Am 26. und 27. Dezember 1889 tagte in Brandenburg der Vergolderkongreß, der die Gründung des Centralverbandes beschloß. Im ersten Verbands-

jahre stieg die Mitgliederzahl auf 1200, sie fiel dann auf 705 im Jahre 1895. Seitdem ging es wieder aufwärts und beim Uebertritt zum Holzarbeiterverband im Jahre 1906 war die höchste Mitgliederzahl des Verbandes mit 1844 erreicht. Die Leistungsfähigkeit der Branchenorganisation war beim Uebertritt durchaus vorhanden, aber die Verbandsmitglieder hatten die technische Unwägung erkannt und waren sich darüber klar, daß ihre Interessen von dem größeren Industrieverbande sicherer gewahrt werden können. Ende 1913 betrug die Zahl der Vergolder im Holzarbeiterverband 2680.

Die Statistik des Holzarbeiterverbandes für die 20. Kriegswoch (14. bis 19. Dezember) erstreckte sich auf 649 Zahlstellen und 153 605 Mitglieder. Davon waren 46 088 zum Kriegsdienst einberufen. Von den Zurückgebliebenen waren 18 003 arbeitslos oder 16,7 Prozent gegen 17,6 Prozent in der Vorwoche. 80,0 Prozent waren in Arbeit.

Der Sattlerverband hatte am 24. Dezember 6814 Mitglieder in Arbeit, 2287 waren arbeitslos, 300 krank und 1244 zum Kriegsdienst einberufen.

Der außerordentliche Bedarf an Heeresausstattungsgegenständen aus Leder hat eine starke Nachfrage nach Arbeitern hervorgerufen, wodurch die Löhne der geübten Sattler über den Tarif gestiegen sind. Einem Teil Unternehmer, hauptsächlich Zwischenhändlern, die erst vor wenigen Wochen die ihnen sonst fremde Fabrikation aufgenommen haben, ist der jetzt erzielte Verdienst der Sattler zu hoch, sie möchten für sich noch höhere Profite auf Kosten der Arbeiter heraus schlagen. Bei diesem Bestreben gemieren sie sich nicht, allerhand Märchen zu verbreiten, um die Arbeiter einzuschüchtern. Das Neueste auf diesem Gebiete ist die Behauptung, das Kriegsministerium habe Höchstlöhne für die Arbeiter der Militäreffektenbetriebe festgesetzt. Um der Sache auf den Grund zu gehen, fühlte sich der Vorstand des Sattler- und Portefeuilierverbandes veranlaßt, beim Kriegsministerium anzufragen, was an dieser Behauptung Wahres sei. Darauf ist unter dem 22. Dezember folgende Antwort eingegangen:

„Auf die Eingabe vom 8. Dezember 1914 werden Sie ergebenst benachrichtigt, daß eine Festsetzung von Höchsttariflöhnen für Arbeiter bei den Militärlieferanten nicht stattgefunden hat.“

Es bleibt also bei dem bisherigen Zustand. Die Unternehmer können mit den bei ihnen beschäftigten Arbeitern über den Tarif hinausgehende Löhne vereinbaren. Auch dürfen sie ihnen höhere Kriegszuschläge als die am 20. August vereinbarten zahlen. Verboten ist auf Grund der kriegsministeriellen Verfügung vom 8. Oktober, daß Unternehmer oder ihre Beauftragte Arbeiter anderer Betriebe abspenstig machen unter Versprechungen höherer Löhne und Gewährung von Vergünstigung und Prämien. Wer gegen dies Verbot handelt, kann wegen unlauteren Wettbewerbes bestraft werden; auch werden ihm die Kriegslieferungen entzogen.

Die Zählung der Arbeitslosen im Lithographenverbande am 28. November ergab 2260 arbeitslose und 4343 zum Kriegsdienst eingezogene Mitglieder. Vollbeschäftigt waren 4441 und nur halbe Tage beschäftigt 3707 Mitglieder.

Der Metallarbeiterverband hatte am 12. Dezember unter 332 578 Mitgliedern 13 886 = 4,2 Prozent Arbeitslose (gegen 4,5 Prozent in der Vorwoche). Für Arbeitslosenunterstützung wurden

mitglieder zu entnehmen. Danach betrug die Zahl der Arbeitslosen im:

am	Metallarbeitsverband		Fabrikarbeitsverband		Holzarbeiterverband	
	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.	überhaupt	in Proz.
8. August ..	—	—	17668	8,5	49401	39,5
15. " ..	72446	19,2	23810	11,5	52009	43,8
22. " ..	75407	19,7	24476	11,8	50348	40,0
29. " ..	73895	19,5	27768	12,9	48695	38,4
5. September	68329	18,6	23788	11,5	43475	34,6
12. " ..	63284	17,4	22242	10,7	40761	32,5
19. " ..	56302	15,7	19136	9,7	39699	31,6
26. " ..	50431	14,3	19001	9,6	37874	30,7
3. Oktober ..	45335	12,6	17329	8,3	35367	29,2
10. " ..	39640	11,1	13711	6,6	33608	28,1
17. " ..	36466	10,3	13326	6,4	32039	27,0
24. " ..	32078	9,1	12421	6,0	30314	25,5
31. " ..	27727	7,9	10995	5,3	28772	24,6

Diese Aufstellung veranschaulicht so recht deutlich die tiefeinschneidende Wirkung des Krieges. Prozentual am meisten haben nach diesen Berichten die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen und am günstigsten liegen die Verhältnisse bei den Fabrikarbeitern. Eine weitere Prüfung der Zahlen ergibt, daß der Höchststand der Arbeitslosigkeit bei allen drei Organisationen von Mitte bis Ende August festgestellt worden ist. Erst vom 5. September an trat dann eine merkliche Besserung ein, die fast gleichmäßig bis zum Schlusse der 13. Kriegswoche angehalten hat. Die erfreuliche Abnahme der Arbeitslosen ist wohl zum größten Teil auf die schon oben angeführten fortgesetzten Einberufungen zurückzuführen. Aber auch die Wiederauflebung des Arbeitsmarktes hat wesentlich dazu beigetragen. Daß dem so ist, wird auch am deutlichsten durch die Angaben des Holzarbeiterverbandes bestätigt, denn in dieser Organisation stieg die Zahl der in Arbeit stehenden Mitglieder von 68 221 in der 2. Kriegswoche auf 84 745 in der 13. Kriegswoche; die Arbeitsgelegenheit besserte sich demnach bei den Holzarbeitern von 56,7 Proz. auf 72,2 Proz. Die beiden anderen Gewerkschaften haben hierüber keine Angaben gemacht.

Ueber die Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung hat nur der Metallarbeiterverband fortlaufend berichtet. Nach diesen Feststellungen wurde die höchste Summe in der Woche vom 30. August bis 5. September in der Höhe von 483 808 Mk. ausbezahlt, während in der letzten Kriegswoche nur 179 876 Mk. für diese Zwecke ausgegeben wurden. Die gesamte im ersten Kriegsvierteljahr verausgabte Summe für die Arbeitslosen betrug 4 060 839 Mk. Im Fabrikarbeiterverband belief sich in den ersten 12 Kriegswochen die aufgewendete Summe für die Arbeitslosen auf 820 000 Mk. und im Holzarbeiterverband in den ersten beiden Kriegsmonaten auf 1 259 987 Mk. Das sind gewiß außerordentlich hohe Summen, die man nicht genug unserer Reichsregierung zum Studium empfehlen kann.

Bei dem gegenwärtigen Kriege hat es sich wieder einmal gezeigt, was für großen Wert gefüllte Gewerkschaftskassen haben. Die Gewerkschaften waren dadurch in der Lage, die statutarischen Sätze an die Arbeitslosen weiter zu zahlen, was für Hunderttausende bei den teuren Zeiten eine große Hilfe und vielfach, insolge Versagens unserer Regierungen und Gemeinden in der so wichtigen Frage der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge, die einzige Hilfe ist.

Deutsche Quertreibereien in der Auslandspresse.

Daß die übergroße Mehrheit der organisierten Arbeiter Deutschlands einmütig hinter der Stellungnahme der Reichstagsfraktion zum Weltkriege steht, unterliegt keinem Zweifel. Bisher war es nun in Deutschland üblich, daß auch die Minderheit ihre Auffassung im Rahmen der Partei, die die Entscheidung zu treffen hat, geltend machte. Im vorliegenden Falle aber trägt eine Minderheitsgruppe im Auslande ihre Auffassung vor, und erweckt fälschlicherweise den Eindruck, im Inlande daran verhindert zu sein. Diese Stimmungsmache gegen die deutsche Sozialdemokratie im Auslande können wir hier nicht ausführlich schildern. Aber als ein kleines Beispiel führen wir folgende Äußerung des Dr. Franz Mehring im „Labour Leader“ an:

„Was jetzt vorgeht, ist ähnlich dem, was in den ersten Jahren unter den Ausnahmegeetzen geschah, als, wie jetzt, die Führer ihre Köpfe verloren hatten, aber die Masse sich bald wieder unter der Parole „Mit den Führern, wenn sie führen wollen, ohne die Führer, wenn sie inaktiv bleiben, trotz der Führer, wenn sie widerstehen“ zusammenfanden. Schon wächst dieser Geist machtvoll in allen großen Parteicentren Deutschlands — in Berlin, Hamburg, Leipzig, Stuttgart — und der Tag ist nicht fern, wo die Rückkehr zum Frieden und zu den unerschütterten Prinzipien der Internationale von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden wird, nicht nur mit leeren Phrasen, sondern mit der leidenschaftlichen Kraft eines durch die Kämpfe eines halben Jahrhunderts gestählten Willens.“

Ausgerechnet Franz Mehring, der bei der Verhängung des Sozialistengesetzes in der „Gartenlaube“ saß, ist der richtige Mann dazu, gegen die damaligen Führer in schwerer Zeit den Vorwurf der Kopfschüttelerei zu schleudern.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

An der Arbeitslosenstatistik des Bauarbeiterverbandes beteiligten sich im Oktober 750 Zweigvereine mit 157 266 erfaßten Mitgliedern. Am letzten Tage des Monats waren davon 14 172 Mitglieder arbeitslos oder 9,0 Proz. gegen 11,2 Proz. im Vormonat und 15,8 Proz. im August. Auf einen Arbeitslosen entfielen im Oktober 14,2 arbeitslose Tage gegen 14,1 im Vormonat und 12,6 im August. Von den einzelnen Berufen hatten im Oktober die Fliesenleger die größte Arbeitslosigkeit; von 1115 Mitgliedern feierten 273 = 24,5 Proz. Dann folgen die Maurer mit 19 623 = 20,4 Proz. von 95 516 Mitgliedern. Bei den Stukkateuren betrug die Zahl der Arbeitslosen ebenfalls 20,4 Proz., 904 von 4427 Mitgliedern. Die Hilfsarbeiter hatten unter 47 350 Mitgliedern 7177 = 15,6 Proz., die Erdarbeiter unter 5600 Mitgliedern 617 = 11,0 Proz., die Isolierer unter 597 Mitgliedern 55 = 9,2 Proz., die Betonarbeiter unter 2661 Mitgliedern 189 = 7,1 Proz. Arbeitslose.

Der Verband der Bergarbeiter gab unter dem Titel „Die deutschen Bergwerke“ eine Broschüre von 288 Oktavseiten heraus, die ein Verzeichnis der wichtigsten Bergwerke in Deutschland enthält. Die Schrift wird für die Interessenten besonders wertvoll durch die Aufschlüsse über das Geschäftsgebahren und die Gewinne der Aktiengesellschaften in der Montan- und Hüttenindustrie, der bergbaulichen „Gewerkschaften“ und vieler Privatgebeten. Besonderer Wert wurde neben der Angabe der Ueberschüsse auch auf die Mitteilungen